

Auf den Ruinen der Alten Welt

Von der Demokratie zur Marktgesellschaft

Von Wolfgang Streeck

Es ist oft bemerkt worden, dass der Neoliberalismus einen *starken* Staat braucht, der gesellschaftliche und insbesondere gewerkschaftliche Forderungen nach Eingriffen in das freie Spiel der Marktkräfte abzuwehren vermag.¹ Mit einem *demokratischen* Staat dagegen ist der Neoliberalismus unvereinbar, sofern unter Demokratie ein Regime verstanden wird, das im Namen seiner Bürger unter Anwendung öffentlicher Gewalt in die Verteilung wirtschaftlicher Güter eingreift, wie sie sich aus dem Marktgeschehen ergibt.

Was hier zutage tritt, ist nichts anderes als ein sehr altes Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie. Zu Zeiten des Kalten Krieges war es ein Gemeinplatz des offiziellen politischen Diskurses, dass Demokratie ohne Kapitalismus – oder, was dasselbe war, ohne wirtschaftlichen Fortschritt – nicht möglich sei, ebenso wenig wie Kapitalismus ohne Demokratie. In den Zwischenkriegsjahren hatte man das noch anders gesehen: Während das Bürgertum sich davor fürchtete, als natürliche Minderheit von einer demokratisch gewählten Mehrheitsregierung enteignet zu werden, die nichts anderes sein konnte als eine Arbeiterregierung, rechnete die Linke jederzeit mit einem antidemokratischen Putsch einer Koalition aus Kapital, Militär und Aristokratie und sah in den faschistischen Regimen der 20er und 30er Jahre den Beweis einer grundsätzlichen Unvereinbarkeit von demokratischer Politik und kapitalistischer Wirtschaft. Praktisch ergab sich hieraus, spiegelbildlich zur „bürgerlichen“ Lösung des Problems durch eine Diktatur von rechts, die Notwendigkeit einer Räte- oder Sowjetdemokratie, einer „Diktatur des Proletariats“ oder einer „Volksdemokratie“, wobei die Bezeichnungen je nach theoretischer und politischer Konjunkturlage wechselten.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Tatsache alles andere als selbstverständlich, dass es in der Nachkriegszeit gelang, in den Ländern des Westens eine kapitalistische Wirtschaft mit einem demokratischen politischen System zu verbinden, und zwar mit einem, das seine Legitimität vor allem daraus herleitete, dass es zugunsten der lohnabhängigen Mehrheit seiner Bürger um demokratisch beschlossener kollektiver Ziele wie Vollbeschäftigung

* Dieser Artikel basiert auf der Lezione inaugurale, Messedaglia Lectures, Verona, 20.9.2012.

1 Besonders überzeugend hat dies Andrew Gamble in seinem Buch „The Free Economy and the Strong State“ (Houndmills/Basingstoke 1988) am Beispiel der Thatcher-Regierung herausgearbeitet.

willen direkt und laufend in das Funktionieren der Marktwirtschaft intervenierte.

Marktgerechtigkeit vs. soziale Gerechtigkeit: Der demokratische Kapitalismus der Nachkriegszeit

Der demokratische Kapitalismus der Nachkriegszeit zeichnete sich dadurch aus, dass in seiner politischen Ökonomie zwei konkurrierende Verteilungsprinzipien zugleich institutionalisiert waren, die ich als *Marktgerechtigkeit* und *soziale Gerechtigkeit* bezeichnen möchte. Unter Marktgerechtigkeit verstehe ich die Verteilung des Produktionsergebnisses nach der Bewertung der individuellen Leistung der Beteiligten durch den Markt, ausgedrückt durch ihren relativen Preis. Maßstab marktgerechter Belohnung ist die Grenzproduktivität, also der Marktwert der letzten abgenommenen Leistungseinheit unter Wettbewerbsbedingungen.² Soziale Gerechtigkeit dagegen bemisst sich an kulturellen Normen und stützt sich auf Status- statt auf Vertragsrecht. Sie folgt kollektiven Vorstellungen von Fairness, Billigkeit und Reziprozität, konzidiert Ansprüche auf ein Mindestniveau der Lebenshaltung unabhängig von wirtschaftlicher Leistung und Leistungsfähigkeit und kennt Bürger- und Menschenrechte, etwa auf Gesundheit, soziale Sicherheit, Teilhabe am Leben der Gemeinschaft, Beschäftigungsschutz, gewerkschaftliche Organisation usw.

Weder Markt- noch soziale Gerechtigkeit sind unkontrovers. Mit der Frage, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit Wettbewerb fair ist und sein Ergebnis als gerecht gelten kann, hat sich schon Émile Durkheim beschäftigt.³ In der Praxis allerdings unterstellt die ökonomische Standardtheorie, dass die meisten Märkte hinreichend „perfekt“ sind, damit das, was sich in ihnen ergibt, als ebenso gerecht wie effizient gelten kann. Schwieriger ist es mit der sozialen Gerechtigkeit, deren Substanz „sozial konstruiert“, also in kulturellen und politischen Diskursen bestreitbar und historisch wandelbar ist. Was marktgerecht ist, entscheidet der Markt und drückt es in Preisen aus; was sozial gerecht ist, wird macht- und mobilisierungsgewichtet im politischen Prozess entschieden und findet seinen Ausdruck in formalen und informellen Institutionen. In dem Maße, wie eine Gesellschaft sich selbst durch das Auge der ökonomischen Standardtheorie sieht bzw. sich von dieser dazu überreden lässt, kann sie im Grenzfall Marktgerechtigkeit als soziale Gerechtigkeit akzeptieren und so die Spannung zwischen beiden aufheben. Eine radikale Variante dieser Lösung besteht darin, mit Friedrich von Hayek den Begriff der sozialen Gerechtigkeit als solchen für unbrauchbar zu erklären⁴ und politische und ökonomische Institutionen so einzurichten, dass Irri-

2 Eugen von Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz? In: Franz X. Weiss (Hg.), *Gesammelte Schriften von Eugen von Böhm-Bawerk*, Frankfurt a. M. 1968 [1914], S. 230-300.

3 Émile Durkheim, *Über soziale Arbeitsteilung*, Frankfurt a. M. 1977 [1893].

4 „Womit wir es im Falle der sozialen Gerechtigkeit zu tun haben, ist einfach ein quasi-religiöser Aberglaube von der Art, dass wir ihn respektvoll in Frieden lassen sollten, solange er lediglich seine Anhänger glücklich macht, den wir aber bekämpfen müssen, wenn er zum Vorwand wird, gegen andere Men-

tationen der Marktgerechtigkeit durch Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit von vornherein ausgeschlossen sind.

Wie dem auch sei, aus der Perspektive der Marktgerechtigkeit liegt in der Möglichkeit, dass Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit sich auf dem Weg über demokratische Mehrheitsbildung der Staatsgewalt bemächtigen und dann mit deren Hilfe das Marktgeschehen laufend verzerren könnten, eine ständige Gefahr. Soziale Gerechtigkeit ist materialer und nicht formaler Art und kann deshalb aus Sicht der formalen oder Verfahrensrationalität des Marktes nur als irrational, unberechenbar und willkürlich erscheinen – ein Gedanke, der sich schon bei Max Weber findet.⁵ Politik, die von Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit getrieben wird, bringt den Marktprozess durcheinander, verunreinigt seine Ergebnisse, schafft falsche Anreize und *moral hazards*, unterminiert das „Leistungsprinzip“ und ist generell „wirtschaftsfremd“.

Der „demokratische Klassenkampf“ als unerlässliche Korrektur

Aus der Perspektive der sozialen Gerechtigkeit freilich ist der „demokratische Klassenkampf“⁶ eine unerlässliche Korrektur in einem System, das auf ungleichen Verträgen zwischen Lohn- und Gewinnabhängigen beruht und deshalb ständig kumulative Vorteile nach dem Matthäus-Prinzip produziert: „Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat“ (Matthäus 25, 29). Für die kapitalistische Praxis sind Korrekturen des Marktes nach Maßgabe lebensweltlich-politischer Gerechtigkeitsvorstellungen zwar störend, müssen aber so lange als unvermeidlich hingenommen werden, wie die Möglichkeit besteht, dass die geborenen Verlierer des Marktes sich weigern, weiter mitzuspielen: ohne Verlierer kann es keine Sieger geben, und ohne Dauerverlierer keine Dauersieger.⁷

schen Zwang anzuwenden. Und der vorherrschende Glaube an soziale Gerechtigkeit ist gegenwärtig wahrscheinlich die schwerste Bedrohung der meisten anderen Werte einer freien Zivilisation“ (Friedrich August von Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Bd. 2., Landsberg am Lech 1981, S. 98).

5 „Dagegen ist der Begriff der materialen Rationalität durchaus vieldeutig. Er besagt lediglich dies Gemeinsame: daß eben die Betrachtung sich mit der rein formalen (relativ) eindeutig feststellbaren Tatsache: daß zweckrational, mit technisch tunlichst adäquaten Mitteln, gerechnet wird, nicht begnügt, sondern ethische, politische, utilitarische, hedonische, ständische, egalitäre oder irgendwelche anderen Forderungen stellt und daran die Ergebnisse des – sei es auch formal noch so ‚rationalen‘, d.h. rechenhaften – Wirtschaftens wertrational oder material zweckrational bemißt. Der möglichen, in diesem Sinn rationalen, Wertmaßstäbe sind prinzipiell schrankenlos viele, und die unter sich wiederum nicht eindeutigen sozialistischen und kommunistischen, in irgendeinem Grade stets: ethischen und egalitären, Wertmaßstäbe sind selbstverständlich nur eine Gruppe unter dieser Mannigfaltigkeit“ (Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Erster Halbband, Köln 1956, S. 60).

6 Walter Korpi, *The Democratic Class Struggle*, London 1983.

7 Die politische Korrektur von Marktgerechtigkeit durch soziale Gerechtigkeit zum Zweck der Sicherung des sozialen Zusammenhalts hat interessante Vorläufer. Die Rechtslehre des englischen Mittelalters unterschied zwischen *justice* und *equity*. Die Produktion von *justice* oblag den Gerichten des *common law*. Allerdings konnten deren Urteile, auch wenn sie formal unangreifbar waren, in Widerspruch zu materialen Vorstellungen von Gerechtigkeit geraten. In solchen Fällen konnten die Betroffenen den *court of equity* anrufen, der bei der Kanzlei des Königshofs angesiedelt war und die Urteile von *Common-law*-Gerichten aufheben oder abwandeln konnte. Diese Interventionen erschienen den Verteidigern des *common law* als systematisch unsauber, bis das *law of equity* Jahrhunderte später in das *common law* eingebaut wurde (Martin Illmer, *Equity*, in: Jürgen Basedow u.a. (Hg.), *Handbuch*

Im Übrigen konnte das Kapital immer schon auf soziale Eingriffe in den Markt, die ihm zu weit gingen, mit Krisen reagieren. Krisen entstehen, wenn diejenigen, die unentbehrliche Produktionsmittel kontrollieren, glauben befürchten zu müssen, am Ende nicht entsprechend ihren Vorstellungen von Marktgerechtigkeit entlohnt zu werden.⁸ An diesem Punkt sinkt ihr „Vertrauen“ unter das für Investitionen erforderliche Minimum. Kapitalverfüger können ihr Kapital ins Ausland verschieben oder es irgendwo in der Geldwirtschaft zwischenparken und es dadurch für immer oder zeitweise dem Wirtschaftskreislauf einer nicht mehr vertrauenswürdigen politischen Jurisdiktion entziehen – mit der Folge von Arbeitslosigkeit und niedrigem Wachstum. Heute, unter den Bedingungen entfesselter Kapitalmärkte, gilt dies mehr denn je.

Auch Marktgerechtigkeit folgt insoweit normativen Standards, allerdings solchen der Kapitaleigner und -verwalter, und ist insofern soziale Gerechtigkeit, wenn auch eine, die sich mit Hilfe der standardökonomischen Theorie als Natur- statt als gesellschaftliche Gesetzlichkeit präsentiert. Dass das „psychologische“ Vertrauen des Kapitals in die politischen Verhältnisse die wichtigste *technische* Voraussetzung für das Funktionieren einer kapitalistischen Ökonomie ist, setzt der Ergänzung von Marktgerechtigkeit durch demokratisch ermächtigte soziale Gerechtigkeit von vornherein enge Grenzen.

Bekanntlich befürchtete Max Weber, wie nach ihm Schumpeter und andere, eine fortschreitende Überlagerung der formalen Gerechtigkeit des Marktes durch materiale, substanzielle Gerechtigkeit, betrieben durch „die Bürokratie“ und ihre politischen Helfershelfer, die Sozialisten und Sozialdemokraten. Die Folge wäre das Ende des Kapitalismus, und mit ihm, so Weber, das der Freiheit des bürgerlichen Individuums. Die neoliberale Wende, wie wir sie seit den 1970er Jahren beobachten, hat diese Gefahr auf absehbare Zeit behoben. Heute hat die Liberalisierung des modernen Kapitalismus einen Punkt erreicht, an dem die endgültige oder doch langfristig gesicherte Freisetzung, oder Wieder-Freisetzung, des Prinzips der Marktgerechtigkeit von seiner historischen Überformung durch soziale Gerechtigkeit immer näher rückt.

Neoliberale Umerziehung der Bürger oder Abschaffung der Demokratie

Eine Immunisierung des Marktes gegen demokratische Korrekturen kann durch neoliberale Umerziehung der Bürger oder durch Abschaffung der Demokratie nach dem chilenischen Vorbild der 1970er Jahre stattfinden; das eine wird in Form öffentlicher Dauerindoktrination durch die standardökonomische Theorie laufend versucht, das andere steht zur Zeit nicht zur Verfügung. Stattdessen wird die Auflösung der Spannung zwischen Kapi-

des Europäischen Privatrechts, Band I, Tübingen 2009, S. 400-404). Gegenüber dem Vertragsregime des freien Marktes spielt heute der Sozialstaat die Rolle eines *court of equity* bzw. er tat dies in der auf Dekommodifizierung gestimmten Nachkriegszeit.

8 Michal Kalecki, *Political Aspects of Full Employment*, in: „Political Quarterly“, 4/1943, S. 322-331.

talismus und Demokratie durch Etablierung eines dauerhaften Primats des Marktes über die Politik mittels inkrementeller „Reformen“ der politisch-ökonomischen Institutionen betrieben: durch Übergang zu einer regelgebundenen Wirtschaftspolitik mit unabhängigen Zentralbanken und einer gegen Wahlergebnisse immunisierten Haushaltspolitik; durch Verlagerung von wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Regulierungsbehörden und Gremien sogenannter Experten;⁹ und durch verfassungsförmig installierte Schuldenbremsen, mit denen Staaten sich und ihre Politik über Jahrzehnte, wenn nicht für immer, rechtlich binden sollen.

Das Ziel ist es, die Staaten des fortgeschrittenen Kapitalismus so umzubauen, dass sie das Vertrauen des Kapitals dauerhaft verdienen, indem sie durch in ihnen institutionell verdrachtete Politikprogramme glaubhaft garantieren, dass sie nicht in „die Wirtschaft“ intervenieren werden – oder doch nur zur Durchsetzung und Verteidigung von Marktgerechtigkeit in Gestalt einer angemessenen Rendite auf Kapitalinvestitionen. Als Voraussetzung dafür muss die Demokratie, verstanden im Sinne der sozialen Demokratie des demokratischen Kapitalismus der Nachkriegszeit, neutralisiert und Liberalisierung als Hayeksche Liberalisierung betrieben und vollendet werden, das heißt als Immunisierung des Kapitalismus gegen massendemokratische Interventionen.

Rhetorisch und ideologisch, oder ideenpolitisch, versuchen die Proponenten der Marktgerechtigkeit die Oberhand zu gewinnen, indem sie soziale Gerechtigkeit als „politisch“ im Sinne von partikularistisch und damit unsauber oder gar korrupt denunzieren. Im Kontrast dazu wird für Marktgerechtigkeit wegen ihrer anscheinenden Unpersönlichkeit und behaupteten Ausrechenbarkeit in Anspruch genommen, dass sie politikfrei, also nach universalistischen Kriterien und damit „sauber“ funktioniert. Unterscheidungen und Gleichsetzungen dieser Art sind längst tief in die Umgangssprache eingedrungen: Die Aussage, dass etwas „politisch“ entschieden worden sei, reicht häufig schon aus, um die Entscheidung als unsachgemäße Bereicherung irgendeiner wie auch immer definierten „Interessengruppe“ erscheinen zu lassen.

Märkte, so die von der kapitalistischen Öffentlichkeitsarbeit unermüdlich forcierte Unterstellung, verteilen nach allgemeinen Regeln, Politik dagegen nach Macht und Beziehungen. Dass Märkte die ungleiche Anfangsausstattung ihrer Teilnehmer bei der Bemessung von Leistung und der Zumesung von Belohnungen ignorieren und deshalb nach dem Prinzip kumulativer Bevorteilung funktionieren, kann, weil ihm eine Nichtentscheidung zugrunde liegt, offenbar leichter übersehen werden als Maßnahmen umverteilender Politik, die kontrovers diskutiert und aktiv durchgeführt werden müssen. Auch sind politische Entscheidungen bestimmten Entscheidern oder Institutionen zurechenbar, die man für sie zur Verantwortung ziehen kann, während Marktentscheidungen scheinbar ohne menschliche Einwirkung vom Himmel fallen, besonders wenn der Markt als Naturzustand ange-

⁹ Wolfgang Streeck, Wissen als Macht, Macht als Wissen: Kapitalversteher im Krisenkapitalismus, in: „Merkur“, 9-10/2012, S. 776-787.

sehen wird, und als Schicksal mit, möglicherweise, verborgenem höheren Sinn hingenommen werden müssen und offenbar auch können.¹⁰

Kapitalistische Landnahme: Der Euro als frivoles Experiment der Herstellung einer Marktgesellschaft

Die Einführung des Euro als Vollendung des europäischen Binnenmarkts schuf mit dem Euroraum eine politische Jurisdiktion, die dem Ideal einer durch Politik von Politik befreiten Marktwirtschaft sehr nahe kommt: eine politische Ökonomie ohne Parlament und Regierung, zusammengesetzt zwar aus nach wie vor formal unabhängigen Nationalstaaten, die aber für immer auf eine eigene Währung und damit auf die Möglichkeit verzichtet haben, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ihrer Bürger das Mittel der Abwertung einzusetzen. Damit eliminierte der Euro ganz im Sinne des neoliberalen Programms eine wichtige Version politischer Willkür aus der Verfassung des gemeinsamen Marktes und legte Regierungen von Mitgliedsstaaten, denen an Beschäftigung, Wohlstand und sozialer Sicherheit ihrer Bevölkerung gelegen ist, auf das neoliberale Instrumentarium einer inneren Abwertung fest: auf die Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch flexiblere Arbeitsmärkte, niedrigere Löhne, längere Arbeitszeiten, eine höhere Erwerbsbeteiligung und einen auf Rekommodifizierung umgestellten Wohlfahrtsstaat.

Heute kann die Einführung des Euro als Beispiel dafür gelten, wie eine Gesellschaft – die hoch heterogene transnationale Gesellschaft des Euroraums – in einem, mit Karl Polanyi, „frivolen Experiment“ im Geiste einer Religion gewordenen politisch-ökonomischen Ideologie in eine Marktgesellschaft nach Maßgabe der Blaupausen der Standardökonomie umgebaut werden soll, ohne Rücksicht auf bestehende Institutionen und Traditionen. Die Ausschaltung der Abwertung als Mittel nationaler Wirtschaftspolitik bedeutet im Ergebnis nichts anderes als die Aufpropfung eines einheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells auf alle der gemeinsamen Währung unterstellten Länder; sie zielt auf eine rasche Konvergenz ihrer sozialen Ordnungen und Lebensweisen und setzt ihre Möglichkeit voraus. Zugleich wirkt sie als zusätzliche Triebkraft jener universellen Expansion von Märkten und Marktverhältnissen, die wir als kapitalistische Landnahme bezeichnen, indem sie im Modus dessen, was Karl Polanyi „planned laissez-faire“ genannt hat,¹¹ Staaten und ihre Politik durch Märkte und ihre selbstregulie-

10 Freilich gibt es korrupte Politik, ebenso wie vermachtete Märkte. Der Unterschied ist aber, dass korrupte Politik grundsätzlich durch kollektives Handeln von unten korrigiert werden kann, vermachtete Märkte aber nicht, jedenfalls nicht ohne nichtkorrupte Politik. Im Übrigen kann eine Revolution gegen den Markt, in den Worten eines bekannten Revolutionstheoretikers, „kein Gastmahl, kein Aufsatzschreiben, kein Bildermalen oder Deckchensticken (sein); sie kann nicht so fein, so gemächlich und zartfühlend, so maßvoll, gesittet, höflich, zurückhaltend und großzügig durchgeführt werden“ (Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan, März 1927, Ausgewählte Werke Mao Zedongs, Bd. I). Auch die Männer und Frauen von Goldman Sachs sticken keine Deckchen.

11 Karl Polanyi, *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston 1957 [1944], Kap. 12.

rende Automatik mehr oder weniger gewaltsam zu ersetzen sucht. Insofern gleicht sie dem Goldstandard des 19. Jahrhunderts, dessen verheerende Wirkung auf die Fähigkeit der damals entstehenden Nationalstaaten, ihre Völker vor den Unberechenbarkeiten des Marktes zu schützen, Polanyi in den ersten Kapiteln seines großen Buches, zusammen mit den Auswirkungen dieser Wirkung auf die Stabilität der internationalen Beziehungen, so eindringlich analysiert hat.

Nationale Manifestationen einer politischen Gegenbewegung gegen den Marktfanatismus

Es fällt im Rückblick nicht schwer, in den europäischen Erscheinungsformen der gegenwärtigen Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalkrise Manifestationen einer politischen Gegenbewegung¹² gegen den in der Gemeinschaftswährung institutionalisierten Marktfanatismus zu erkennen.

Noch bis vor kurzem – bis zur Einsetzung der Kommissare Papademos und Monti – bestand die Europäische Währungsunion ausschließlich aus demokratischen Staaten, deren Regierungen es sich nicht leisten konnten oder wollten, ihren real existierenden Staatsvölkern, die sich von den imaginären Modellvölkern der reinen Lehre des Marktkapitalismus noch immer fundamental unterscheiden, den Krieg zu erklären und sie durch die Mängel der von Brüsseler Technokraten und ortlosen Universalökonomien vorgeschriebenen „Reformen“ zu drehen. Wie frühere Gegenbewegungen auch, so hielten sich die der unter dem Euro zusammengeschlossenen Nationalstaaten nicht immer an den Kanon des politisch Korrekten oder wirtschaftlich Rationalen; anders als das *laissez-faire* entsteht, wie Polanyi wusste, der Widerstand der Gesellschaft gegen den Markt spontan und planlos. So kam es zu den Haushaltsdefiziten, der Staatsverschuldung und den Kredit- und Preisblasen in jenen Ländern, die mit dem ihnen vorgegebenen Tempo der kapitalistischen Rationalisierung ihrer Lebensweisen und Lebenswelten nicht mitkamen oder mitkommen wollten und deren für ihren Selbstschutz verbliebener reduzierter politischer Werkzeugkasten ihnen nichts Besseres ermöglichte als die allmähliche Aufhäufung jener systemischen Dysfunktionen, die nun schon seit Jahren drohen, das europäische Staatensystem zu zerreißen und den langen Nachkriegsfrieden zwischen den europäischen Nationen zu beenden.

Was derzeit geschieht, nimmt sich aus, als stamme es aus einem Polanyi'schen Bilderbuch. Der Widerstand der von ihren Nationalstaaten vertretenen Völker gegen die Unterwerfung ihres Lebens unter die Marktgesetze wird von der *ecclesia militans*, der Marktreligion, als Unregierbarkeitsproblem wahrgenommen, das durch weitere Reformen derselben Art, durch *more of the same*, behoben werden muss und kann: durch neue Institutionen, die auch noch den letzten Rest an nationaler Artikulationsfähigkeit und politi-

12 Karl Polanyi, a.a.O., Kap. 11.

scher Willkürmöglichkeit aus dem System herausquetschen und ihn, nach weiterer Entmachtung der Regierungen, durch rationale Anreize zu schweigernder Fügung in das vom Markt verhängte Schicksal ersetzen sollen. So würde dann doch noch die auf Jahrzehnte verhängte Austerität der kleinen Leute in den vom Markt als nicht wettbewerbsfähig zurückgelassenen Ländern realisiert und damit das frivole Experiment einer Einheitswährung für eine heterogene multinationale Gesellschaft zum Erfolg kommen. Am Ende, nach den Reformen, würden die Nationen sich dann ihre politische Enteignung gefallen lassen, entweder weil ihnen nichts anderes übrigbliebe oder weil sie im Zuge marktgetriebener neoliberaler Konvergenz irgendwann zur Marktvernunft gekommen sein und, wenn sie erst mal genug gefühlt hätten, anfangen würden zu hören.

Freilich: Daran muss man glauben, denn sehen kann man es noch nicht. Was man sieht, sind wachsende Konflikte zwischen den Völkern und innerhalb derselben darüber, wie viel die einen den anderen schulden – an Kompensationszahlungen einerseits und „Reformen“ andererseits – und wer von den kleinen Leuten und den großen wie viel von den Kosten tragen muss und vom Nutzen davontragen darf. Wer im Glauben fest ist, kann darauf hoffen, dass die real existierenden Staatsvölker Europas irgendwann – und in den Modellen der Standardökonomie, in denen Zeit nicht vorgesehen ist, ist irgendwann immer auch gleich jetzt – zu einem an den freien Markt angepassten, in Marktgerechtigkeit geeinigten Modellvolk zusammenwachsen werden. Aber wer der Kirche nicht angehört, der kommt aus dem Staunen über die Macht der Illusion und aus der Angst vor dem nicht heraus, was eine Theorie dadurch anrichten kann, dass sie nicht von dieser Welt ist.

Lob der Abwertung

Statt zuzusehen, wie neoliberale Politik die Währungsunion durch „Reformen“ vollendet, die den Markt endgültig gegen politische Korrekturen immunisieren und das europäische Staatensystem als international-neoliberalen Konsolidierungsstaat befestigen würden, sollte man sich und andere an die Institution der Abwertung erinnern. Das Recht auf Abwertung ist der institutionelle Ausdruck des Respekts vor den von ihren Staaten vertretenen Nationen als jeweils besonderen, wie immer auch historisch und politisch konstruierten wirtschaftlichen Lebens- und Schicksalsgemeinschaften. Es wirkt als Bremse gegen den vom Zentrum auf die Peripherie ausgeübten kapitalistischen Expansions- und Rationalisierungsdruck und bietet Interessen und Identitäten, die diesem entgegenstehen und in der Freihandelswelt des Großen Binnenmarktes in Populismus und Nationalismus abgedrängt würden, eine realistische kollektive Alternative zu der ihnen vom Markt abverlangten folglosen Selbstkommodifizierung.

Die Abwertung einer nationalen Währung korrigiert – grob und für eine begrenzte Zeit – die Verteilungsverhältnisse in einem asymmetrischen System internationalen wirtschaftlichen Austauschs, das nach dem Prinzip

kumulativer Bevorteilung funktioniert. Abwertung ist *rough justice*, aber immer noch mehr als nichts.

Wenn ein Land, das wirtschaftlich entweder nicht mehr mitkommt oder noch nicht mitkommen will, seine Währung abwertet, schmälert es die Exportchancen ausländischer und verbessert die inländischer Produzenten; so erhöhet es die Beschäftigungschancen seiner Bevölkerung auf Kosten besser beschäftigter anderer Bevölkerungen. Indem ein Land durch Abwertung Importe verteuert, erschwert es darüber hinaus seinen wohlhabenderen Bürgern den Kauf ausländischer Produkte; zugleich ermöglicht es seinen Kleinverdienern, höhere Löhne zu erstreiten, ohne dass ihre Produkte im Ausland teurer werden und dadurch ihre Beschäftigung in Gefahr gerät. Die Möglichkeit der Abwertung, anders formuliert, verhindert, dass „wettbewerbsfahigere“ Länder weniger „wettbewerbsfähige“ dazu zwingen, die Renten ihrer schlechter verdienenden Bürger zu kürzen, damit ihre Besserverdienenden den Produzenten der wettbewerbsfähigeren Länder ihre BMWs weiterhin verlässlich zum Festpreis abnehmen können.

Damit die Schwächeren bereit sind mitzuspielen

Abwertung als Institution in einem internationalen Wirtschaftssystem funktioniert wie das Handicap im Golf oder Sportarten wie Galoppreiten, in denen die Unterschiede zwischen den Teilnehmern so groß sind, dass die Spieler sich ohne Ausgleich in wenige Dauergewinner und viele Dauerverlierer teilen würden. Damit die Schwächeren dennoch bereit sind mitzuspielen, werden die Stärkeren vorab benachteiligt: beim Golf, indem die absehbaren Verlierer Freischlage erhalten, beim Galoppreiten, indem die potentiellen Dauersieger zusätzliches Gewicht tragen müssen. In der politischen onomie nationaler Wirtschaftsgesellschaften leistet progressive Besteuerung ähnliches, oder sollte es leisten. Insofern kam die Abschaffung der Abwertung in der Europäischen Wahrungunion einer Abschaffung der progressiven Besteuerung oder eben des Handicaps beim Golf oder Galoppreiten gleich. Ein internationales Wirtschaftssystem, das Abwertungen zulässt, kommt ohne Interventionsrechte eines Landes oder von internationalen Organisationen in die Wirtschafts- und Lebensweise seiner Mitgliedsländer aus. Es erlaubt Vielfalt und setzt nicht voraus, dass „führende“ Länder in der Lage sind, „zurückliegende“ nach ihrem Bilde zu reformieren; noch erfordert es, dass die letzteren den ersteren gegen Bezahlung eine Lizenz dazu erteilen. Insofern käme die Abschaffung des Euro in seiner gegenwärtigen Form der Beendigung des Goldstandards gleich, die es, Polanyi zufolge, erstmals wieder möglich machte, „bereitwillig hinzunehmen, dass andere Nationen ihre Institutionen nach ihrem Gutdünken einrichteten, und das verderbliche Dogma des 19. Jahrhunderts von der notwendigen Uniformität aller in die Weltwirtschaft einbezogenen nationalen Regime hinter sich zu lassen.“¹³

¹³ Polanyi, a.a.O., S. 253 (eigene Übersetzung des Autors).

Und zweifellos mit Bezug auf die damals, 1944, entstehende Nachkriegsordnung fährt Polanyi fort: „Heute sieht man aus den Ruinen der Alten Welt die Eckpfeiler einer Neuen hervorstechen: wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Regierungen kombiniert mit der Freiheit, das nationale Leben nach eigenem Willen zu organisieren.“¹⁴

Ein flexibles Währungsregime, wie es nach dem Ende des Euro entstehen könnte, erkennt an, dass Politik mehr ist als die fachmännische Exekution von Rationalisierungsmaßnahmen und räumt ihr in seiner Ordnung aus Respekt vor den kollektiven Lebensweisen und Lebenslagen, die sie repräsentiert, einen zentralen Platz ein. In einem solchen System muss sich kein Land das Wissen und die Macht zuschreiben, die nötig wären, ein anderes Land umzuplanen. Ein internationales Wirtschaftssystem mit Abwertung wäre, übrigens ganz im Sinne Hayeks, ein System verteilter Intelligenz, das ohne „Anmaßung von Wissen“ auskommt.¹⁵ Hayek hat völlig zu Recht darauf bestanden, dass solche Systeme zentral geplanten überlegen sind; was ihm als Ökonomen anscheinend versperrt war, war die von Polanyi gegen ihn vorgebrachte Einsicht, dass die marktgerechte und marktfügsame, transnational-kapitalistisch eingebnete Welt, die Hayek für den Naturzustand hielt, nur eine durch Planung hergestellte sein konnte, weil sie die machtbewehrte Einebnung vorgängiger, partikularistischer Strukturen sozialen Zusammenlebens voraussetzte.

Ein Abwertungsregime erspart es den an ihm beteiligten Ländern, kontroverse Verhandlungen über Strukturreformen und Ausgleichszahlungen führen zu müssen. Ein imperialistisches Hineinregieren der wettbewerbsfähigeren in die weniger wettbewerbsfähigen Länder ist in ihm ebenso unnötig wie „Wachstumspakete“, die ständig in Gefahr sind, als verlorene Zuschüsse oder als Markteintrittsgebühr bzw. internationale Steuer auf Wettbewerbsfähigkeit verstanden und deshalb von denen, die sie aufzubringen haben, abgelehnt zu werden. Internationale Konflikte treten nur dann auf, wenn ein Land seine Währung zu oft und in zu kurzen Abständen abwertet. Allerdings würde ein solches Land sehr bald durch Schädigung seines Vertrauens mehr verlieren, als es durch die Steigerung seiner Exportfähigkeit gewinnen würde.

Für ein europäisches Bretton Woods

Die Europäische Währungsunion war ein politischer Fehler, weil sie trotz der enormen Heterogenität der Länder des Euroraums die Abwertung eliminiert hat, ohne, ironisch gesprochen, zusammen mit den nationalen Währungen gleich auch die nationale Demokratie abzuschaffen.¹⁶ Anstatt den Fehler durch eine Flucht nach vorn noch zu vergrößern und die Währungs-

¹⁴ Ebd., S. 254 (eigene Übersetzung des Autors).

¹⁵ Friedrich August Hayek, *Die Anmaßung von Wissen*, in: „Ordo“, 1/1975, S. 12-21.

¹⁶ Martin S. Feldstein, *The Euro and European Economic Conditions*. Working Paper Nr. 17617, National Bureau of Economic Research, Cambridge 2011.

union durch eine „politische Union“ zu vervollständigen, die unter heutigen Bedingungen nichts anderes sein könnte als die endgültige Inthronisierung des Konsolidierungsstaats – siehe die Forderung nach EU-Kommissaren mit direkten „Durchgriffsbefugnissen“ auf die Nationalstaaten – , kann man ihn, solange die Krise den Ausgang noch offenhält, durch Rückkehr zu einem geordneten System flexibler Wechselkurse in Europa rückgängig machen. Ein solches System, das die Unterschiede zwischen den europäischen Gesellschaften anerkennen statt versuchen würde, sie neoliberal wegzureformieren, wäre politisch wie technisch weit weniger anspruchsvoll als die Währungsunion: Es käme ohne die *One-size-fits-all*-Hybris der Einheitsplaner aus; es würde Verschmelzung durch lockere Kopplung ersetzen; und es würde vor allem dem so bedrohlich wachsenden Neid und Hass zwischen den europäischen Völkern die Grundlage entziehen.

Ein ungefähres Vorbild könnte das maßgeblich von Keynes beeinflusste Währungsregime von Bretton Woods sein, das flexibel anpassbare feste Wechselkurse vorsah. Es diente seinerzeit dazu, Länder wie Frankreich und Italien, mit starken Gewerkschaften und kommunistischen Parteien, dauerhaft in ein Freihandelssystem zu integrieren, ohne sie zu „Reformen“ zu zwingen, die ihren sozialen Zusammenhalt und inneren Frieden gefährdet hätten. Die dem System eigene Weisheit lag darin, dass es auf erzwungene Konvergenz der inneren Ordnung der Mitgliedstaaten und ein „Durchregieren“ der stärkeren in die schwächeren Länder verzichtete.

Für die Souveränität der Mitgliedstaaten

Dass die Amerikaner außerhalb des Währungssystems taten, was sie konnten, um beispielsweise die kommunistische Partei Italiens von der Regierung fernzuhalten oder die kommunistisch geführten Einheitsgewerkschaften Italiens und Frankreichs zu spalten, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls tolerierte die US-Regierung in drei Nachkriegsjahrzehnten sozialdemokratische Regierungen in ihrem westeuropäischen Machtbereich, nicht zuletzt unter dem Einfluss der eigenen New Deal-Tradition. Damit respektierte sie, wenigstens formal, die Souveränität der Mitgliedstaaten. Länder, die aufgrund von Lohnkonzessionen oder einer großzügigen staatlichen Sozialpolitik an „Wettbewerbsfähigkeit“ einbüßten, konnten dies von Zeit zu Zeit durch Abwertung auf Kosten der ihnen im Wettbewerb überlegenen stabileren Länder ausgleichen. Wähler und Gewerkschaftsmitglieder in Ländern mit einer linken politischen Tradition hatten so die Möglichkeit, ihre Realeinkommen auf Kosten der Käufer von Importprodukten und der ausländischen Hersteller derselben zu erhöhen und so die Einkommensverteilung zu ihren Gunsten zu verändern. Allerdings konnte dies nicht beliebig oft stattfinden, weil das die Interessen und das Sicherheitsbedürfnis der exportierenden Länder, Industrien und Unternehmen zu sehr verletzt hätte, sondern nur als *Ultima ratio*, deren Anwendung grundsätzlich von den anderen Mitgliedern des Währungssystems gebilligt werden musste.

Wie ein zeitgemäßes System zugleich fester und flexibler Wechselkurse für Europa aussehen könnte, das in der Lage wäre, an die Stelle der Europäischen Währungsunion zu treten, wäre eine Frage, die des Schweißes der edelsten Ökonomen wert wäre. Es gäbe eine Reihe vergleichbarer Modelle, mit denen unterschiedliche Erfahrungen gemacht worden sind, wie etwa die europäische „Währungsschlange“ der 70er und 80er Jahre. Auf jeden Fall ginge es um eine lockere Koppelung nationaler Währungen, zur Sicherung nationalstaatlicher Demokratie und demokratischer Entwicklungsmöglichkeiten durch Respektierung nationaler Souveränität, anstelle einer Einheitswährung für alle. Dabei müsste der Euro nicht abgeschafft werden, sondern könnte als de-nationalisierte Leitwährung neben den nationalen Währungen weiterbestehen, ungefähr in der Rolle des von Keynes vorgeschlagenen Bancor, den die Vereinigten Staaten am Ende nicht akzeptieren wollten, weil sie die für ihn vorgesehene Funktion für ihre nationale Währung beanspruchten.

Sachverständige hätten auch nach Wegen zu suchen, wie die wiederhergestellten, locker gekoppelten nationalen Währungen vor spekulativen Angriffen geschützt werden könnten, was vermutlich eine, ohnehin wünschenswerte und nötige, Rückkehr zu bestimmten Formen der Kapitalverkehrskontrolle erfordern würde. Allerdings hat es in den letzten Jahren keine Angriffe auf die dänische oder schwedische Krone, das britische Pfund oder andere europäische Nationalwährungen gegeben. Dies widerspricht dem Argument, dass nur eine „große“ Währung wie der Euro sicher sein kann, nicht von Spekulanten wie George Soros gesprengt zu werden. Ebenfalls wäre zu klären, wie hoch die voraussichtlichen Kosten einer Abkehr vom Euro als Einheitswährung sein würden; vieles spricht dafür, dass sie die der in Gang befindlichen, möglicherweise aber in Fällen wie Griechenland und Spanien ohnehin zum Scheitern verurteilten „Rettungsaktionen“ kaum übersteigen dürften.

Vor allem aber müsste es darum gehen, die unselige Identifikation von europäischer Einigung und europäischer Einheitswährung („Scheitert der Euro, so scheitert Europa“) im öffentlichen Diskurs aufzulösen. Länder wie Großbritannien, Dänemark und Schweden sind um keinen Deut weniger „europäisch“, weil sie der Währungsunion nicht angehören. Tatsächlich käme ein Ausstieg aus dem Euro einem Einstieg in eine längst fällige Politik der Grenzziehung gegenüber der sogenannten Globalisierung gleich. Der Euro war auch ein Geschöpf der Globalisierungseuphorie der 1990er Jahre, aus deren Perspektive staatliche Handlungsfähigkeit nicht nur obsolet, sondern auch entbehrlich erschien. Die Forderung nach einem europäischen Bretton Woods wäre im Kontext der heute beinahe vollzogenen neoliberalen Wende, was in den 1970er Jahren als systemsprengendes Reformprogramm gegolten hätte: eine strategische Antwort auf eine systemische Krise, die über das System, dessen Krise sie zu lösen unternimmt, hinausweist. Sie würde dem Umstand Rechnung tragen, dass unter gegenwärtigen europäischen Bedingungen gesellschaftliche Demokratie ohne nationalstaatliche Souveränität nicht zu haben ist.